

Rheingauer Anzeiger.

74. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Theil



Kreis-Blatt

Fernsprech-Anschluß Nr. 2.

des Rheingau-Kreises,

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden

Einzige amtliche

Rüdesheimer Zeitung.

Vierteljahrspreis
(ohne Traggebühren):
mit illustriertem Unter-
haltungsblatt M. 1.60,
ohne dasselbe M. 1.—

Durch die Post bezogen:
M. 1.60 mit und
M. 1.25 ohne Unter-
haltungsblatt.

Anzeigenpreis:
die Kleinpaltige (1/4)
Petitzeile 15 Pfg.,
geschäftliche Anzeigen
aus Rüdesheim 10 Pfg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redactionellen
Theil (soweit inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die (1/4) Petitzeile 30 Pfg.

N. 28

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Donnerstag, 5. März

Verlag der Buch- und Steindruckerei
Sischer & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1914.

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfaßt 2 Blätter
(6 Seiten).

Bekanntmachung.

3. L. 1414. Die Zinscheine Reihe VII Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 (vormals 4)-prozentigen deutschen Reichsanleihe von 1878 und Reihe V Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2-prozentigen deutschen Reichsanleihe von 1885 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. April 1914 bis 31. März 1924 nebst den Erneuerungsscheinen für die folgende Reihe werden

vom 2. März ds. Js. ab

ausgereicht und zwar:
durch die Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW. 68, Dranienstraße 92/94,
durch die Königl. Seehandlung (Preussische Staatsbank) in Berlin W. 56, Markgrafenstraße 46 a,

durch die Preussische Zentral-Genossenschafts-Kasse in Berlin C 2, Am Zeughauser 2,
durch alle Reichsbankhaupt- und Reichsbankstellen und alle mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbanknebenstellen,
durch alle preussischen Regierungshauptkassen, Kreisstellen, Oberschulstellen, Zollstellen und hauptamtlich verwalteten Forststellen.

Formulare zu den Verzeichnissen, mit welchen die zur Abhebung der neuen Zinscheinreihe berechtigten Erneuerungsscheine (Anweisungen, Talons) einzuliefern sind, werden von den vorbezeichneten Ausreichungsstellen unentgeltlich abgegeben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Erneuerungsscheine abhanden gekommen sind.

Berlin, den 17. Februar 1914.

Reichsschuldenverwaltung.
von Bismarckshausen.

Bekanntmachung.

Aushändigung der Kriegsbeordnungen und Bahnnotizen an die Personen des Beurlaubtenstandes.
1. Die Kriegsbeordnungen und Bahnnotizen für das Mobilmachungsjahr 1914/15 (1. 4. 1914 bis 31. 3. 1915) werden im Bereiche des Landwehrbezirks Wiesbaden in der Zeit vom 10. bis 25. März durch die Post zugestellt.

2. Die bis jetzt dem Bezirksfeldwebel dienstlich noch nicht zur Kenntnis gebrachten Wohnungsveränderungen sind sofort zu melden. Für unterlassene Meldung — was sich bei der Zustellung der Kriegsbeordnungen oder Bahnnotizen herausstellt — tritt Bestrafung ein.

3. Jeder Mann, der sich bis 25. März abends nicht im Besitze einer neuen Kriegsbeordnung oder Bahnnotiz befindet, hat dies sofort seinem Bezirksfeldwebel zu melden. Für unterlassene Meldung — was sich bei den Kontrollverfammlungen usw. herausstellt — tritt Bestrafung ein.

4. Die vom 1. April 1914 nicht mehr gültigen alten Kriegsbeordnungen oder Bahnnotizen sind an diesem Tage durch die Mannschaften selbst zu vernichten, die neuen roten Kriegsbeordnungen oder Bahnnotizen sind in den Militär- oder Ersatzreferat einzuliefern.

Königliches Bezirkskommando Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Wahlstatuts der Handelskammer Wiesbaden vom 5. Oktober 1910 findet demnächst im zweiten Wahlbezirk (Rheingaukreis und

Kreis St. Goarshausen-Süd) eine Erziehungswahl für ein Mitglied statt.

Die Wahl findet in Rüdesheim statt.

Die Wählerlisten für die vorzunehmende Wahl liegt acht Tage lang vom 5. März 1914 bis 12. März 1914 auf dem Bureau der Handelskammer zu Wiesbaden, Adelheidstraße 23, sowie bei den Magistraten zu Rüdesheim a. Rh. und St. Goarshausen während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht der Wahlberechtigten offen.

Einsprüche gegen die Liste sind innerhalb einer Woche nach beendeter Auslegung bei der Handelskammer schriftlich anzubringen.

Wiesbaden, den 2. März 1914.

Die Handelskammer.

Tages-Ereignisse.

:: Berlin, 3. März. Se. Majestät der Kaiser gedachte Nachts nach Wilhelmshaven abzureisen, wo auch Prinz Heinrich eintrifft. — Die Kaiserin reist am 5. oder 6. nach Braunschweig.

:: Der Reichskanzler ist Montag Abend auf dem Hamburger Hauptbahnhof eingetroffen.

:: Der Bischof von Osnabrück Dr. Voß ist an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben.

:: Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf von Welzel, hat von der juristischen Fakultät der Straßburger Universität den Doctortitel erhalten.

:: Die Reichstagscommission für die Aenderung des Militärstrafgesetzbuchs hat Dienstag die Regierungsvorschläge betreffend die Einführung von mildernden Umständen angenommen. Den fortschrittlichen Antrag, daß die zu Controlverfammlungen berufenen Personen nur für die Dauer der Controlverfammlungen dem Militärstrafgesetzbuch unterstehen sollen, bezeichnete der preussische Kriegsminister als unannehmbar. Doch werde eine Neuregelung der Vorgefessenenverhältnisse für diesen Tag erwogen.

:: In einem Petersburger Berichte der „Köln. Ztg.“ wird behauptet, Rußland rüste gegen Deutschland. Heute sei es nur noch nicht in der Lage, politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen. Unmittelbare Kriegsgefahr sei noch nicht vorhanden, aber in 3 bis 4 Jahren werde es anders sein. Ein Berliner Blatt glaubt dagegen zu wissen, daß die deutsche Diplomatie diesen Auslassungen fernstehe und der Pessimismus des Berichterstatters in unterrichteten deutschen Kreisen nicht durchweg getheilt werde.

:: Die Sonntagsruhecommission des Reichstags hat den Antrag, in Gemeinden unter 75 000 Einwohnern eine dreistündige Arbeitszeit zuzulassen, angenommen, ebenso einen Antrag, der in Gemeinden von 10 000 bis 75 000 Einwohnern eine Verlängerung der Beschäftigungsdauer um eine Stunde und in kleineren Gemeinden um 2 Stunden durch die höhere Verwaltungsbehörde gestattet. Dann wurde die Berathung über die Bedürfnisfrage fortgesetzt, doch ist vorläufig ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

:: Die zweite badische Kammer hat die Kosten für die Wiederherstellung der badischen Gesandtschaft in München genehmigt.

:: Wegen des Duells in Metz, in welchem der beleidigte Leutnant Haage von dem Kameraden, der ihn in seiner Familienehre schwer gekränkt hat, da der Ehrenrath das Duell zugelassen hat, getödtet worden ist, hat das Centrum im Reichstag eine Interpellation eingebracht, ob der Reichskanzler die Behandlung des Falles durch den Ehrenrath mit Recht und Gesetz für einvernehmbar halte, und welche Maßregeln der Reichskanzler zu ergreifen gedenke, um dem Zweikampfe im Heere wirklich entgegenzutreten.

:: Verschiedenen Parteien im Reichstage angehörige ärztliche Abgeordnete haben im Reichstag eine „kurze Anfrage“ eingebracht, betreffend das in letzter Zeit vielfach bekämpfte Salvarsan. Ob die Nachrichten über mehrere hundert Todesfälle und dauernde oder vorübergehende Gesundheitsschädigungen infolge der Behandlung mit Salvarsan wahr seien, ob das Salvarsan sich im freien Verkehr befinde usw.

:: In der zweiten badischen Kammer erklärte der Minister auf eine socialdemokratische Interpellation, das Militär dürfe die Waffen nur gebrauchen, wenn es von den Civilbehörden angerufen werde. Die preussische Cabinetsordre von 1820 sei in die badischen Bestimmungen nicht aufgenommen. Ein Einschreiten des Militärs sei im Allgemeinen nicht statthaft, außer wenn im Falle eines Aufruhrs die Civilbehörde nicht imstande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Die preussische Militärbehörde habe sich damit einverstanden erklärt. Für die in Baden stehenden Truppen gelten nur die landesgesetzlichen Bestimmungen. Mit dieser Erklärung waren alle Parteien, auch die socialdemokratische befriedigt.

:: Die aus 23 Mann bestehende Besatzung des Hamburger Dampfers „Sanzibar“ ist gerettet, auch die Lage des gestrandeten Dampfers soll nicht gefährlich sein.

:: Den militärischen Behörden in Mainz ist es in der letzten Zeit aufgefallen, daß in der Umgebung von Mainz die Jagden an ausländische Jagdgesellschaften aus Luxemburg und Frankreich verpachtet worden sind, und an einzelnen Jagden active ausländische, wahrscheinlich russische Officiere theilgenommen haben. Die Militärbehörden und das Ministerium des Innern beschäftigen sich mit diesen Verpachtungen.

:: Das Abgeordnetenhaus berieth Montag in erster Lesung die Novelle zum Communalabgabengesetz zugleich mit der Interpellation der Abgg. Arendt (freif.) und Genossen betreffend die Unterschiede in der finanziellen Belastung der Gemeinden. Minister des Innern Dallwitz will den Zeitpunkt zur Beantwortung der Interpellation noch bestimmen. Der Zweck des Gesetzes sei in der Hauptsache, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen. Die schwächeren Gemeinden sollen besser gestellt, der Schutz der Steuerzahler erhöht werden usw.

Abg. v. Jakob (cf.) bemerkt, die große Belastung vieler namentlich ländlicher Gemeinden, die bis über 400 % gehe, mache eine Wänderung des jetzigen Gesetzes nothwendig. Als letztes Ziel müsse bezeichnet werden die einheitliche com-

munale Besteuerung in allen Gemeinden. Redner beantragte Ueberweisung an eine Commission von 28 Mitgliedern.

Finanzminister Dr. Lenke betont, daß die Städte weit entfernt davon gewesen seien, aus reinem Uebermuth so hohe Steuern zu erheben. Sie wären Kulturträger gewesen.

Abg. Dr. Bredt (freis.) erklärt, die Bodenpolitik als eine Ursache der starken Steuerbelastung in den Gemeinden.

Abg. Cassel (Sp.) erblickt in der Vorlage eine geeignete Grundlage zur weiteren Verhandlung. Seine Partei sei aber nicht zu haben für ein Gesetz, das die agrarischen Interessen begünstigt und die Selbstverwaltung beschränkt. Der Fiskus soll für seinen Grundbesitz mit zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden.

Abg. Hirsch (Soc.) meint, das Anwachsen der Polizeiausgaben trage zu der schlechten Finanzlage der Gemeinden bei. Redner klagt, daß der Staat sich wenig um die Armenunterstützung kümmere und daß in der Arbeitslosenfürsorge er nichts thue.

Nachdem noch Abg. Graf v. Spee (Ctr.) gesprochen, wird die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag vertagt.

Das Abgeordnetenhaus setzte Dienstag die Berathung der Novelle zum Communalabgabengesetz fort und überwies sie einer Commission von 28 Mitgliedern. An der Debatte theilnahmen sich noch die Abgeordneten Althoff (ntll.), Schrader (freis.) und Bärwald (Vpt.) Alle drei protestirten gegen die Ueberlastung der Industrie mit Communalsteuern.

Hierauf wurde nach kurzer Berathung die 2. Lesung des Ausgrabungsgesetzes beendet. — Nach debattelloser Erledigung einiger kleinerer Vorlagen trat das Haus in die 1. Lesung des Gesetzes über die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsrankenfassen ein.

Handelsminister Dr. Sydow betonte, ein Hauptzweck des Gesetzes sei, eine sachmännische Leitung der Verwaltung der Rankenfassen zu sichern und die Beamten zu einer Mäßigung in ihrer politischen Agitation zu veranlassen. Es sei auf die Dauer nicht möglich, einen großen Theil der Rankenfassen ganz der Diktatur der socialdemokratischen Partei zu überlassen.

Abg. v. d. Osten (cf.), der Verweisung des Entwurfs an die Gewerbecommission beantragt, und die Abg. Gottschalk (ntll.) und Lippmann (Vpt.) sind im Princip mit dem Entwurf einverstanden. Als Kampfmittel gegen die Socialdemokraten, meint der Letztere, sei das Gesetz jedoch völlig ungeeignet.

Abg. Braun (Soc.) lehnt das Gesetz vollständig ab. Man werde durch dasselbe nur friederische Rankenbeamte schaffen und das Vertrauen der Versicherten verlieren.

Abg. Gronowski (Ctr.) erklärt, von einem Ausnahmegesetz gegen die Rankenfassenbeamten könne keine Rede sein.

Abg. Gamp (freis.) führt Beispiele dafür an, daß die socialdemokratischen Rankenfassenbeamten sich politisch betheilig haben.

Abg. Braun (Soc.) bemerkt, die Conservativen und das Centrum stellen, wo sie die Macht haben, auch nur Parteigenossen an. Die Vorlage geht an die Gewerbecommission.

Es folgt die Berathung des Handelsetats. Die Einnahmen werden bewilligt; bei den Ausgaben begründet Abg. Dr. Beumer (ntll.) den nationalliberalen Antrag, Maßnahmen zu treffen, die bei der Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen Interessen gewährleisten. Die Wirtschaftspolitik, sagt er, müsse vom Standpunkt der Production und nicht von dem der Nur-Consumenten orientirt werden. Die Waffen für den Kampf um die Handelsverträge dürfen erst geschliffen werden, wenn diese uns von anderer Seite gefährdet werden. — Mittwoch: Weiterberathung.

Der Reichstag überwies die neue Besoldungsvorlage und die neuen Nachtragsetats für die Schutzgebiete auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Ctr.) debattelos an die Budgetcommission. Bei der hierauf folgenden Berathung des Postetats kommt Abg. Ebert (Soc.) auf die Beschuldigung der Post in Zabern seitens des Obersten von Reuter zurück. Redner klagt, daß die Postverwaltung sich mit der Erklärung des Obersten begnügt habe, daß er keine Beleidigung beabsichtigte.

Staatssecretär Krätke erhebt ernstlich Widerspruch gegen die Behauptung, er hätte seine Beamten kläglich preisgegeben. Der Oberst habe nur erklärt, daß viele Briefe mit beleidigenden Aufschriften bestellt worden seien, die lobenden aber nicht. Er müsse das zugeben. Es seien in der That Briefe mit sehr pöbelhaften Bezeichnungen bestellt worden. Die Socialdemokraten gerade hätten doch häufig die schwersten Beschuldigungen gegen Beamte erhoben.

Abg. Raden (Ctr.) lobt die Einführung der Postcreditbriefe, wünscht Erweiterung der Sonntagsheiligung und bessere Telephonverbindung für die Rheinprovinz sowie Einschränkung der postlagernden Briefe.

Staatssecretär Krätke kündigt mehrere Reformen und Erweiterungen an. Er erklärt sich gegen die Beschränkung der Postlagerbriefe, weil das jedesmalige Verlangen nach Ausweisungspapieren den Verkehr colossal hemmen und eine Vermehrung des Personals sowie Erschwerung des Reiseverkehrs zur Folge haben würde. Doch seien Erhebungen noch im Gange.

Abg. Dr. Bed (natl.) betont, Beamte sollen zwar petitioniren dürfen, müssen aber besondere Rücksichten wahren. Die weiblichen Postbeamten sollten untüchtig angestellt werden.

Abg. Dr. Dertel (cf.) zollt der Verwaltung Anerkennung. Sie könne sich recht gut sehen lassen. Leider werde das platte Land als Stiefkind behandelt.

Staatssecretär Krätke erwidert, die schlechtere Behandlung sei in den Verhältnissen begründet. Die Wünsche der Beamten werden geprüft und wenn berechtigt und erfüllbar, auch erfüllt.

Dienstag: Weiterberathung und kurze Anfragen.

Im Reichstage wurden Dienstag zunächst die kurzen Anfragen über die Krankheitsfälle infolge Genusses von Wurst und über die Explosion in der Anilinfabrik Rummelsburg beantwortet. Die erste Antwort geht dahin, daß alle Erkrankten genesen seien und daß man durch Vorschriften solche Vorfälle nur einschränken, nicht aber verhindern könne. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt, und sollen nöthigenfalls die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Hierauf wird die Montag begonnene Berathung des Postetats fortgesetzt.

Abg. Kiel (Sp.) tritt für das Petitionsrecht und das Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten ein.

Abg. Mertin (Sp.) leugnet, daß die Postbeamten ausgebeutet werden. Weibliche Beamte sollen mit einer gewissen Vorsicht eingestellt werden. Im Telephondienst leisten sie allerdings Anerkennenswerthes.

Staatssecretär Krätke: Die Abgeordneten sollten in den Versammlungen der Postbeamten nicht alle dort gehörten Wünsche für berechtigt halten.

Abg. Brandis (Vole) klagt über chikanöse Behandlung der polnisch adressirten Briefe. Auf eine Denunziation des Dänemarkvereins seien 13 polnische Beamte veretzt worden.

Staatssecretär Krätke leugnet diese Beschuldigung.

Abg. Dr. Werner (w. Bgg.) meint, alle Beamten in gemischtsprachlichen Landestheilen sollten Zulagen bekommen. Die Frauenarbeit führe zur Lohnrückung. Junge Männer unter 17 und Mädchen unter 18 Jahren sollten keine postlagernden Briefe erhalten.

Abg. Zubeil (Soc.) bemerkt, die Unterbeamten könnten mit ihren kärglichen Gehältern nicht auskommen.

Staatssecretär Krätke protestirt ernstlich gegen verschiedene Angriffe des Vorredners.

Mittwoch: Duellinterpellation, Weiterberathung.

Ungarn.

Im Ruthenenproceß sind 31 Angeklagte zu Strafen von 6 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängniß wegen Aufreizung gegen die Religion und den Staat verurtheilt worden. Einer wurde zu 4½ Jahren verurtheilt und 23 Angeklagte wurden freigesprochen.

Albanien.

Die Unabhängigkeit von Epirus wurde proclamirt. In den großen Demonstrationen haben auch griechische Soldaten theilgenommen. Der

Führer des Aufstandes hat 20 der angesehensten Albanier gefangen nehmen lassen und sie mit Erschießung bedroht, wenn sich die albanische Bevölkerung der Bewegung widersetze.

England.

In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte der Marineminister Churchill schriftlich: Die Displacements der neuesten britischen Kriegsschiffe sind erheblich kleiner als die fast aller neuesten Flaggsschiffe der fremden Mächte. Die Admiralität würde trotzdem gewillt sein, sich an einem Abkommen zur Beschränkung der Größe von Großkampfschiffen zu betheiligen, wenn sie sich überzeugen kann, daß Verhandlungen zu einem solchen Uebereinkommen nicht unwillkommen sind. Die Schwierigkeiten sind zwar sehr bedeutend und in die Augen fallend, aber nicht unüberwindlich, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu gelangen.

Amerika.

Der Schneesturm in den Oststaaten hat einige Tage angedauert und großen Schaden angerichtet. New-York ist völlig isolirt und die Lebensmittelzufuhr ist unmöglich; bisher sind 18 Personen umgekommen.

Mexiko.

Die Regierung protestirt in einer Note an die fremden Regierungen dagegen, daß die Rebellen von den Vereinigten Staaten Waffen erhalten.

Bermischte Nachrichten.

© Rüdelsheim, 4. März. Bezüglich der Aufnahme der Kinder in die Schule giebt die königliche Ortsschulinspektion, Herr Rector Bertram Folgendes bekannt: Zum 1. April ds. Js. werden die Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oct. 1907 bis 31. März 1908 geboren sind, sowie die aus irgend einem Grunde zurückgestellten Kinder schulpflichtig. Die Kinder, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1908 geboren sind, können nur dann zum 1. April ds. Js. in die Schule aufgenommen werden, wenn durch ein ärztliches Attest der Nachweis der genügenden körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder erbracht ist. Ueber die Aufnahme hat der Rector zu entscheiden. (Verfügung der Königl. Regierung zu Wiesbaden v. 2. Februar 1907.) Die Eltern, deren Kinder dies betrifft, werden ersucht, die ärztlichen Zeugnisse bis zum 15. März ds. Js. an Herrn Rector Bertram einzureichen. Sprechstunden täglich von 11—12 Uhr. Die auswärts geborenen Kinder, welche in diesem Jahre schulpflichtig werden, sind bis zu demselben Tage anzumelden.

× Rüdelsheim, 4. März. Am nächsten Samstag, Abends 8½ Uhr, findet im Saale Nr. 1 der Fortbildungsschule ein Vortrag statt über Arbeitsnachweis und Wanderversorge. Schüler und Freunde der Fortbildungsschule sind hierzu freundlichst eingeladen.

Eltville, 4. März. Der Kreisverband Rheingauer Bienezüchter hält am nächsten Sonntag Nachmittags 3 Uhr seine diesjährige ordentliche Generalversammlung im Bahnhof-Hotel dahier ab. Herr Alberti aus Amöneburg-Biebrich wird bei dieser Gelegenheit einen Vortrag halten über das Thema: „Neuzeitlicher, rationeller Bienezuchtbetrieb.“ Freunde und Gönner der Imkerei sind herzlich willkommen.

fe Frankfurt a. M., 2. März. Die ersten Flöße auf dem Main, sechs an der Zahl, 2000 Cubikmeter, passirten heute auf der Fahrt nach Mainz die Stadt. Sie sind Eigenthum der Firma Bowninkel in Mainz. Dieselben werden in Mainz zusammengebaut und in einigen Tagen den Rhein hinunter nach Holland geschleppt.

Frankfurt, 2. März. Der Einbrecher Tomie, der schon aus verschiedenen Gefängnissen und Zuchthäusern ausgebrochen ist, versuchte mehrfach aus dem Zuchthause Roggenberg auszubrechen und wurde deswegen mit Handschellen versehen. Kürzlich hat er mit den Zähnen einen Nagel aus der Bettstelle gezogen, diesen mit den Zähnen krumm gebogen und mit diesem Dietrich das Schloß seiner Handschellen geöffnet. Dann hobte er mit einem Gitterstabe, den er von dem Fenster abgebrochen hatte, ein Loch in die Wand. Er hatte die einen halben Meter dicke Wand fast durchbohrt, als Wärter seinen Fluchtversuch bemerkten und verhinderten.

Wie lange gilt der Generalpardon? Der Generalpardon im Wehrbeitragsgesetz kann, wie

der württembergische „Staatsanzeiger“ darlegt, auch solchen Steuerpflichtigen noch zuteil werden, die ihre Vermögenserklärung schon abgegeben haben. Sie können ihre bereits abgegebene Vermögenserklärung durch eine richtige ersetzen oder auf andere Weise auf dem Bezirkssteueramt die richtigen Angaben über ihr Vermögen oder Einkommen nachholen, so lange die Veranlagung zum Wehrbeitrag noch nicht beendet ist. Die Veranlagung zum Wehrbeitrag findet ihren Abschluß mit der Zustellung der Veranlagung oder des Feststellungsbescheides. Die Wohlthat des § 68 wird also namentlich auch denjenigen Steuerpflichtigen noch zugute kommen, die anlässlich der in Württemberg bevorstehenden Verpflichtung zur Abgabe von Capital- und Einkommensteuerklärungen für das Jahr 1914 die Einkommen von Capital- und anderen Einkommenbezügen richtig und vollständig angeben.

Se Gegen die „Nyänen“ der Wälder erläßt Bürgermeister Baßermann-Jordan in Teidesheim soeben eine sehr nachahmenswerthe Mahnung in einer amtlichen Bekanntmachung. Der Bürgermeister fordert Jedermann, namentlich die Jugend und die Touristen auf, mitzuwirken, daß im kommenden Frühjahr alles Blühende, besonders die Rosen, die Mandelblüthen und die Zweige mit Weiden- und Haselnußblättern nicht sinn- und zwecklos abgerissen, um dann nach ein paar Stunden oder Tagen auf den Rehrichthäufen geworfen zu werden. Mit diesen „Näpchen“ werden den Bienen ihre erste Nahrung und den anderen Leuten die Freude an der Natur geraubt. Die betreffenden Handlungen qualifizierten sich auch als Felddiebstähle. Von dem Mangel an Buschwerk komme des weiteren die Ueberhandnahme der Schädlinge.

Gelsenkirchen, 3. März. 1500 Mark zum Fenster hinausgeworfen. In Heßler fand ein Schulknabe in einem Garten einen Geldbetrag von 1500 Mark. Nachdem er den Fund einige Zeit geheim gehalten hatte, offenbarte er ihn seinen Freunden und nun fing ein feines Leben für die Buben an. Die Gesellschaft hatte bereits 80 Mark verjubelt, als man schließlich dahinter kam. Der Rest wurde ihnen abgenommen, und es ergab sich, daß eine Frau das Geld im Fieber durchs Fenster geworfen hatte. Es wurde ihr wieder zugestellt.

(Fortsetzung der Vermischten Nachrichten im zweiten Blatt.)

Neueste Drahtnachrichten.

Wichtige Anfragen an den Reichskanzler bezüglich Einführung ausländischer Weine.

in Berlin, 3. März. Im Reichstag ist folgende Anfrage der Abgeordneten Baumann (Köln), Dr. Blandenhorn und Dr. Dahlem-Montabaur eingegangen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt a) daß von dem Ausland Weine eingeführt werden, die den nach unserem Weingesetz nur für Dessertweine zulässigen Zusatz von Alkohol (Weindestillat) haben, im Inland aber zumeist als Naturweine angepriesen und als solche in den Verkehr gebracht werden; b) daß aus Samos Dessertweine eingehen, die nicht der Grundlage des Weingesetzes, des § 1: „Wein ist das durch Alkoholgährung aus dem Saft der reifen Weintrauben hergestellte Getränk“ entsprechen, indem diese Samosweine bei ihrer Herstellung stumm gemacht werden und nicht zur Gährung kommen.“ Nachdem die ungehinderte Einfuhr solcher Getränke Erbitterung im Weinbau und Verwirrung in Weinhandlertreihen hineinbringt, fragen wir an, was der Herr Reichskanzler zu thun gedenkt, um der Umgehung des Weingesetzes vorzubeugen.

in Göttingen, 3. März. Mit Ablauf des Wintersemesters legt einer der angesehensten deutschen Nationalökonomen, Professor Lexis, sein Amt nieder.

in Hamburg, 3. März. Heute Abend fand ein Wahl im Rathhause statt, an welchem außer dem Senat, dem Reichskanzler und seinen Begleitern folgende Herren theilnahmen: Der Vorstand der Bürgerkassette, der preussische Gesandte v. Bülow, der russische Gesandte v. Demerit, der commandirende General des 9. Armeecorps, Gene-

ralleutnant v. Duest, der Chef des Generalstabs des 9. Armeecorps Oberleutnant Sydow, der Commandant von Altona, Generalleutnant v. Borries, Oberleutnant von Stwolinski, der Vizepräsident des hiesigen Consularcorps, eine Reihe höherer Beamter, der Vorsitzende der Handelskammer, die Herren Ballin, Siemers, Alfred Blohm, Freiherr v. Ohlendorff u. A.

Eine Feuersbrunst im Waarenhaus.

in Stettin, 3. März. Im Waarenhaus von Gebrüder Kerzer äscherte ein gestern Abend ausgebrochenes Feuer einen Theil des umfangreichen Gebäudes ein.

in München, 3. März. Graf Berchtold empfing in der österreichischen Gesandtschaft die Chefs der Consulate und die nach München gereisten Fachberichterstatter der Ministerien in Wien und Budapest, hierauf die Vorstände und Directoren der patriotischen Vereine der Landsmannschaften, den Präsidenten des Ungarn-Vereins, sowie den Präsidenten vom österreichischen Flottenverein in München. Nachmittags besuchte Graf Berchtold mehrere Hof- und Staatswürdenträger. Am Abend fand in der österreichischen Gesandtschaft Concert statt, wozu das Königspaar mit den Prinzessinnen-Töchtern, der Kronprinz und andere Mitglieder des königlichen Hauses sowie die Infantin Eulalia von Spanien erschienen. Ferner waren anwesend sämtliche Hofwürdenträger, die Staatsminister, die Gesandten mit Gemahlinnen, der päpstliche Nuntius Monsignore Frühwirth, die Münchener Hofgesellschaft, die Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Kreise, die Consuln und die Vorstände und Präsidenten der patriotischen Vereine. Nach den Musikvorträgen fand ein Abendessen statt. Um 11 Uhr 40 erfolgte die Abreise des Grafen und der Gräfin Berchtold in Begleitung des Hof- und Ministerialsecretärs Grafen Kinsky.

in Mannheim, 4. März. Die Mannheimer Mai-Fest-Woche 1914, vom 3. bis 10. Mai, vereinigt die dreitägigen Pferderennen, ferner den Mainmarkt und die Mainmesse, die ihr 300jähriges Bestehen feiern, ein zweitägiges Musikfest, besondere Veranstaltungen im Hoftheater, im Rosengarten und in der Kunsthalle, zwei große Illuminationsfeste sowie ein Kinderfest mit Ballonpost. Die Detaillisten werden eine Fensterchau darbieten.

in Stuttgart, 4. März. Seit Sonntag, 22. Februar, wird der Professor Dr. Otto Hornad hier vermisst. Er hat sich an dem genannten Tage Nachmittags halb 3 Uhr aus seiner Wohnung entfernt und ist seither nicht wieder zurückgekehrt.

in Weß, 4. März. Die Strafkammer verurtheilte gestern den Aderer Picant aus Coutures im Kreise Chateau-Salins aufgrund der Paragraphen 5 (Verabredung) und 1 des Gesetzes über den Verrath militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren Gefängniß, 500 Mark Geldstrafe, Verlust der Rechte zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf 5 Jahre und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ging erst am Abend zu Ende. Wie aus der Urtheilsbegründung hervorgeht, handelte es sich in der Verabredung um die Erlangung von Auskünften über die Kreuzungsgeleise im Bahnhof Mörchingen, die im Mobilmachungsfalle von großer Wichtigkeit seien und deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung liege.

in Salzburg, 3. März. Das Leichenbegängniß des Cardinals Ratschthaler fand unter Theilnahme der Suffraganbischöfe, des Diöcesanclerus, des Erzherzogs Joseph Ferdinand als Vertreter des Kaisers Franz Josephs, des Unterrichtsministers als Vertreter der Regierung, des Landespräsidenten von Schmitt-Gasteiger, der Spitzen der Behörden und zahlreicher Vereine statt. Nach der Feier des Seelengottesdienstes durch den Münchener Erzbischof von Bettinger wurde die Leiche im Dom beigesetzt.

in Wien, 4. März. In den Nachrufen für den Cardinal, Fürstbischof Dr. von Kopp hebt die Presse die große Bedeutung und die Verdienste hervor, welcher sich der verstorbene Cardinal um die geistige und wirtschaftliche Hebung der Interessen seiner Diöcese erworben hat. Die Blätter betonen die außergewöhnlichen Fähigkeiten des dahingegangenen Kirchenfürsten und erklären, daß in dem abgeklärten und scharfen Geiste des Cardinals Kopp ganz Deutschland und Oesterreich den edlen Sinn und die Treue zu wür-

digen wußten, die unentwegt und ungetheilt seinem Glauben und seinem Volke, der Kirche und dem Staate gehörten.

in Paris, 4. März. Der Generalsecretär der Heraldischen und Archäologischen Gesellschaft von Frankreich, Dugnod, ist nach Paris zurückgekehrt und hat vor Gericht erklärt, daß er mit dem Ordensschwindel des angeblichen Grafen Champvans nichts zu thun gehabt habe. — In Dinan fand im Hause eines Helfershelfers der Ordensschwindler, eines gewissen Clementy, eine Durchsuchung statt, bei der viele Ordensdiplome und Ordensabzeichen beschlagnahmt wurden. Clementy ist flüchtig.

in Paris, 3. März. Die für den Monat März anberaumte Frühjahrssparade wurde verschoben und wird am 22. April auf dem Uebungsfelde von Vincennes in Anwesenheit des Königs von England stattfinden.

in Toulon, 2. März. Wie sich herausgestellt hat, ist bei dem Ablafen des Panzerkreuzers „Waldeck-Rousseau“ das Heck des Schiffes beschädigt worden. Durch die entstandenen Risse dringt Wasser ein. Die Reparaturen werden längere Zeit in Anspruch nehmen als anfänglich angenommen wurde.

in Brüssel, 3. März. Aus Lüttich wird gemeldet, daß in einem Steinbruch bei Sprimont eine Sprengmine explodirte und zwei Personen, darunter der Director getödtet wurden. Mehrere Arbeiter sind schwer verletzt worden.

in London, 3. März. Das Unterhaus hat den Flottenergänzungsetat angenommen.

in Petersburg, 3. März. Der Minister des Innern hat dem Ministerrath einen Gesetzentwurf über eine zweite allgemeine Volkszählung unterbreitet. Als Zählungstag ist der 14. Decbr. 1915 in Aussicht genommen. Die Kosten sind auf 11 368 427 Rubel veranschlagt.

in Petersburg, 3. März. Das Organ des Finanzministeriums erklärt in der morgigen Nummer: Das Finanzministerium änderte die ablehnende Stellung gegenüber dem Initiativantrag der Reichsduma von 1912 auf das Staatsmonopol des Getreide-Exports unter dem gegenwärtigen Leiter nicht. Alle Gerüchte, daß anstatt des Branntweinmonopols ein Getreidehandelsmonopol beabsichtigt sei, sind vollständig unbegründet.

in New-York, 4. März. Ein Zug aus Atlantic City liegt seit Sonntag in einer 18 Fuß hohen Schneedecke begraben. Viele Personen werden durch die von den Dächern fallenden Schneemassen verletzt.

in Washington, 3. März. Die Erklärung, die der englische Staatssekretär Grey zum Falle Benton im englischen Unterhause abgegeben hat, wurde vom Präsidenten Wilson in der Cabinetsitzung verlesen. Sie erweckte allgemein den Eindruck, daß sie von Besorgnissen befreie, die man hier angesichts der Lage hegte, daß England auf die Vereinigten Staaten einen außerordentlich scharfen Druck zur Erzielung scharfer Maßnahmen im Falle Benton ausüben könnte.

Die aus Chihuahua gemeldete Ermordung des Deutsch-Amerikaners Busch läßt die Lage auch weiterhin ernst erscheinen; es ist indessen bekannt, daß Vertreter der Constitutionalistten, die sich hier aufhalten, Carranza telegraphisch zur Vorsicht gemahnt haben. Es wird gehofft, daß Carranza insfolgedessen sich vielleicht den Absichten der Vereinigten Staaten geneigter zeigen wird.

in Sydney, 2. März. Ein Sturm von ungewöhnlicher Heftigkeit hat die Insel Nikutski im Cool-Archipel verwüstet. Eine riesige Meereswoge überschwemmte die Insel Mauki, sodaß die ganze Ansiedlung zerstört worden ist. Die Einwohner sind in bemitleidenswerther Lage.

in Buenos Aires, 4. März. Das deutsche Geschwader ist gestern Nachmittags 2 Uhr vor Nordel Plata angekommen. Der Admiral ist mit den Officieren wegen des stürmischen Wetters nicht an Land gegangen. An einem von der Stadtverwaltung gegebenen Frühstück nahmen der deutsche Gesandte und der Gouverneur der Provinz theil.

Verantwortl. Redacteur: J. L. Weß, Müdesheim.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Weiburg (Landwirthschaftsschule)
Borausssichtliche Witterung für die Zeit vom Abend des 4. März bis zum Abend des 5. März:
Wolkig und trübes Wetter und einzelne Nieder-
schläge.

Eltville, 4. März 1914.

H. Masberg.

Der heutigen Nummer un-
 Blattes liegen bei: Ein Prospect der
 Firma **Leonhard Eich, A.-G.** in
Mainz und ein Prospect der Tuch-
 fabrik **Otto Eswetatsch, G. m. b. H.,**
 in **Görlitz**, worauf wir besonders
 aufmerksam machen.

Rheingauer Anzeiger.

74. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Theil



Kreis-Blatt
des Rheingan-Kreises,

Fernsprech-Anschluß Nr. 9.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Vierteljahrspreis
(ohne Traggebühren):
mit illustriertem Unter-
haltungsblatt M. 1.60,
ohne dasselbe M. 1.—

Durch die Post bezogen:
M. 1.60 mit und
M. 1.25 ohne Unter-
haltungsblatt.

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden

Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.

Anzeigenpreis:
die kleinste Zeile (10
Bettzeile 15 Pl.
geschäftliche Anzeigen
aus Rüdesheim 10 Pl.
Ankündigungen der
hinter d. redactionen
Theil (so weit inha
zur Aufnahme geeig
die 10 Bettzeile 30 Pl.

Nr 28

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Donnerstag, 5. März

Verlag der Buch- und Steindruckerei
Sischer & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1914.

Zweites Blatt.

Vermischte Nachrichten.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

— **Rüdesheim, 3. März.** Hypotheken- und Communalanleihen der Nassauischen Landesbank und Nassauischen Sparkasse im Jahre 1913. Im vergangenen Jahre konnten die Landesbank und Sparkasse zusammen 25 Millionen Mark an Hypotheken- und 5 1/2 Millionen Mark an Communalanleihen, zusammen 30 1/2 Millionen Mark gewähren. Die Bereitstellung dieser großen Mittel war nur dadurch ermöglicht worden, daß der Abzug der 4%igen Landesbankschuldverschreibungen wiederum eine erhebliche Steigerung erfuhr. Es konnten im vergangenen Jahre hiervon nicht weniger als 26 Millionen Mark verkauft werden. Dabei ist der Kurs in der ganzen Zeit nicht unter 99% hinunter gegangen. Der Zuwachs von Spareinlagen, der im vergangenen Jahre 5 1/2 Millionen Mark betrug, konnte nur zum Theil in Hypotheken angelegt werden, da nach dem neuen Sparanleiengesetz fast drei Millionen Mark in Werthpapieren angelegt werden mußten. Der Bestand an Hypotheken der Landesbank und Sparkasse betrug Ende 1913 = 256 Millionen Mark, und derjenige der Communalanleihen 27 1/2 Millionen Mark.

× **Rüdesheim, 3. Febr.** Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat die Räume des Paulinenschloßes für die im Monat September l. Js. stattfindende „Allgemeinen Photographischen Ausstellung“ zur Verfügung gestellt. Die „Alpha“, — so nennt sich abgekürzt dieses Unternehmen, — hat jetzt schon in den weitesten Kreisen der Liebhaber- und der Berufsphotographie, sowie der photographischen Industrie ein großes Interesse erregt und die Anmeldungen laufen täglich sehr zahlreich ein. Es kann deshalb heute schon angenommen werden, daß die Ausstellung sich großartig entwickeln und eine für die Weltstadt sehr bedeutende Veranstaltung darstellen wird. Die Rheingauer Berufs- und besonders die zahlreichen Liebhaberphotographen machen wir auf die Ausstellung, zu deren Ehrenauschuß auch Herr Bürgermeister Alberti-Rüdesheim zählt, besonders aufmerksam.

Rüdesheim, 4. März. Das Rhein-Mainische Verbandstheater wird am 9. ds. Mts. das Stück „Der Viberpelz“, eine Diebeskomödie von Gerhard Hauptmann zur Aufführung bringen. Es wird die letzte diesjährige Vorstellung sein, Umständen überhaupt die letzte Vorstellung sein, da wegen der erheblichen Zuschüsse, die das Theaterunternehmen dem Verbands verursacht hat, der Weiterbestand außerordentlich gefährdet ist. Die nächsten Wochen werden die Entscheidung dieser Frage bringen. Zur Zeit wird versucht, durch erhöhte Beiträge der beteiligten Gemeinden eine größere Sicherheit für das Unternehmen im Verbands selbst zu schaffen und auch unsere Stadt wird sich hierüber in Kürze schlüssig machen. Daneben bedarf aber für den Fall des Fortbe-

standes des Theaters auch der hiesige Gemeinnützige Ausschuss einer erhöhten Garantieleistung, da die Einnahmen in diesem Winter wesentlich hinter den Ausgaben zurückgeblieben sind und mit der gleichen Erscheinung auch in der Folgezeit gerechnet werden muß. Jedenfalls ist es sehr erwünscht, das Theater gerade im Interesse der Minderbemittelten zu erhalten und deshalb werden alle Freunde der Sache gebeten, sich an der Garantieleistung zu beteiligen. Eine Liste wird zu diesem Zweck in Umlauf gesetzt werden.

in **Geisenheim, 1. März.** Die erste Entscheidung in der Klage der Rheingau-Electricitätswerke gegen die Stadt Geisenheim ist nunmehr gefallen. Es handelt sich dabei um eine Summe von rund 50 000 Mark, zu deren Zahlung die Stadt von den Werken verklagt worden ist. Nunmehr ist in der Feststellungsphase vom Gericht das Urtheil zugunsten der Werke gefällt worden. Den Rheingau-Werken wurde in dem Urtheil ein Anspruch auf Entschädigung zugesprochen. Dieses Urtheil war nach der Lage der Dinge vorzusehen. Ueber die Höhe der Entschädigung muß eine weitere Gerichtsverhandlung entscheiden. Interessant ist die Thatsache, daß die Stadt Geisenheim, die sich anfänglich den Werken ablehnend gegenüber stellte und deren Einigungsvorschläge ablehnte, nunmehr mit einem weitgehenden Vorschlag, in dem den Werken größere Zugeständnisse gemacht werden, an diese herantreten ist. Dieser Vorschlag ist jedoch nunmehr von den Werken abgelehnt worden. — Hierzu wird uns noch geschrieben:

in **Geisenheim, 2. März.** Zu dem Proceß zwischen den Rheingau-Electricitätswerken und der Stadt Geisenheim ist ergänzend mitzutheilen, daß der von der Stadt den Werken unterbreitete Einigungsvorschlag, auf den die Werke noch keine Antwort gegeben haben, von der Stadt Geisenheim bereits vor der Verhandlung gemacht worden war. Es handelte sich somit im Wesentlichen um einen Gegenvorschlag.

in **Aus dem Rheingau, 4. März.** Zur Besichtigung der neugeschaffenen Kläranlagen und der Canalisation des Klosters Eberbach (Militärgefangenenheim für Unterofficiere und Mannschaften des 8. und 18. Armee-corps) weilten heute Geh. Oberbaurath Ruyten aus dem Landwirtschaftsministerium in Berlin, Dr. Weidert von der Landesanstalt für Wasserhygiene sowie verschiedene Mitglieder der Königl. Regierung in Wiesbaden auf Kloster Eberbach.

in **Wiesbaden, 3. März.** Die hiesige städtische Sparkasse hat aus Umlauf der Ausgabe ihres 10 000. Sparlassenbuches sämtlichen Kindern, die bei ihr ein Schulsparsassenbuch haben — es sind deren 800 an der Zahl — Sparkarten im Werthe von je 50 Pfennig überreichen lassen.

in **Wiesbaden, 3. März.** Ein Iobben an die Regierung ergangener Erlaß des Cultusministers beschäftigt sich mit den Veranstaltungen zur Fürsorge für die Schuljugend während der Ferien, als da sind Feriencolonien, Ferienpaziergänge, Wandersfahrten, Ferienpiele, Miliausausschank, Ver-

abreichung von Brötchen und dergl. mehr. Der Minister erklärt es für dankenswerth, daß sich diese Wohlfahrtseinrichtungen in den letzten Jahren gemehrt haben; er spricht allen denen seine volle Anerkennung aus, die sich bemüht haben, in möglichst weitem Umfange die Ferien zu einer Zeit wirksamer Erfrischung für Leib und Seele zu machen, und er wünscht endlich, daß diese und ähnliche Maßnahmen zum Wohle der Schuljugend in den größeren Städten und Industriestädten mit allen geeigneten Mitteln unterstützt und verbreitet werden möchten.

in **Wiesbaden, 2. März.** Wiesbaden, ein Dorado für unzufriedene Eheleute. Daß Wiesbaden sich rühmen kann, mit den Ehescheidungen mit an erster Stelle zu stehen, dürfte sich aus einer Statistik des Wiesbadener Landgerichts ergeben. Im Verlaufe des Monats Februar standen an den drei verschiedenen in Betracht kommenden Civilkammern nicht weniger denn 73 Ehescheidungs-termini an. Fürwahr muß es viele zerrüttete Familien geben, wenn das Wort Geltung behält: „Die Ehe ist das Fundament der Familien.“

in **Wiesbaden, 2. März.** Regierungspräsident Dr. von Meißner ist gestern Abend von Berlin zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte heute wieder übernommen.

in **Wiesbaden, 2. März.** Ein Jubilar. Die 70. Strafe in Höhe von 4 Wochen Gefängniß verhängten heute die Wiesbadener Schöffen über den Sattler Karl Kalusch aus Posen, der am 18. Februar d. Js., weil er zerfetzte „Trittschen“ anhatte, kurzerhand einen Schaufenster einschlug und sich ein paar Schuhe herausholte.

— **„Alpha“ Wiesbaden.** Der Arbeitsausschuß der Allgemeinen Photographischen Ausstellung hat in seiner dritten Sitzung, die gestern im Hotel Prinz Nikolaus abgehalten wurde, festgesetzt, daß die „Alpha“ vom 6. September bis 4. October im „Paulinenschloßchen“ stattfinden werde. Die endgültigen Bestimmungen wurden angenommen und als Frist für die Meldungen zur Theilnahme der 30. Juni, für die Einlieferung der Ausstellungsgegenstände der 15. August bestimmt.

in **Wiesbaden, 3. März.** Ein nobler Dieb. Auf Ueberzieher, vor allem fremde, richtet der Kellner Wilhelm Niemann sein besonderes Augenmerk. Hat er doch schon acht Ueberzieher „geklaut“. In allen Fällen zeigte er sich aber nobel und stellte den ihm bekannten Bestohlenen den Pfandschein über den verletzten Ueberzieher zu. Vielleicht weil ihm der Eigenthümer unbekannt war, stellte er einem hiesigen Rentner, dem er am 27. November v. Js. einen Ueberzieher abgehängt, den Pfandschein nicht zu und wich von seinem bewährten Princip ab. Den letzten Poletoddiebstahl freidete ihm das Gericht mit einem Monat Gefängniß an.

in **Wiesbaden, 3. März.** Graj oder nicht. „I speak english — awer net gut.“ Diese im ersten Theile englisch, im zweiten aber ungewisselhaft gut „Frankfurterisch“ lautende Antwort gab heute ein Angeklagter vor der Strafkammer dem Gerichtsvorsitzenden, als er gefragt

wurde, ob er überhaupt englisch spreche. Auf der Anklagebank hatte nämlich der am 13. Juli 1893 in Frankfurt a. M.-Bodenheim geborene Wilhelm Röder, ein Sohn des jetzt noch dort ansässigen Metzgermeisters Wilhelm Röder Platz genommen, um sich wegen eines im Jahre 1909 in Winkel im Rheingau begangenen Diebstahls zu verantworten, den er verübte, als er dort bei dem Sattlermeister Heinrich Eger beschäftigt war. Wegen dieses Diebstahls haben ihn die Wiesbadener Schöffen in eine Freiheitsstrafe genommen. Gegen das Schöffengericht hat Röder aber Berufung angemeldet, über die heute vor der Strafkammer verhandelt werden sollte. Der Angeklagte, der zur Zeit in Fußschißel eine 2½-jährige Gefängnisstrafe verbüßt, die das Hamburger Gericht ihm zudictiert hat, wollte nicht der Röder sein, unter welchem Namen er in Hamburg die Strafe erhalten. Er behauptete heute wie damals, er sei der Graf Matuschka, am 4. Januar 1893 in Budapest geboren, aber bereits im Juli 1893 nach Pennsylvania verbracht worden, dessen Staatsangehörigkeit er genieße. Als ihm der Vorsitzende bedeutete, er solle doch die Dummheiten sein lassen und sich nicht als freier Amerikaner gerieren, da ihn doch in Hamburg der Metzger Röder aus Frankfurt a. M. aufs bestimmteste als seinen Sohn Willi wiedererkannt habe, äußerte sich Röder alias Matuschka dahin, nicht er sondern die Gerichte machten die Dummheiten. Da der einzige Zeuge, Sattler Eger ihn heute nicht als Röder bestimmt wiedererkennen konnte, wurde die Verhandlung auf Samstag vertagt und sollen zum neuen Termin die Eltern des Röder aus Frankfurt a. M. und andere Bekannte geladen werden zwecks Feststellung der Persönlichkeit der „Grafen.“

in Bingen, 2. März. Zum Schauplatz einer eigenartigen Vorführung war heute die Burg Klopp geworden. Um den Wintern und Obstbauern die Vorzüge und Nachteile der einzelnen, für die Bekämpfung der Schädlinge zur Verwendung gelangenden Apparate zu zeigen, wurden die verschiedenen Gegenstände in Tätigkeit vorgeführt. Zu dieser in ihrer Eigenart bis jetzt wohl einzigen Veranstaltung hatten sich natürlich viele Interessenten aus Bingen und der näheren Umgebung, aus Rheinhessen, von der Nahe, vom Mittelrhein, aus dem Rheingau und aus der Rheinpfalz eingefunden. Begrüßt wurden die Erschienenen vom Kreistath des Kreises Bingen, Geheimrath Dr. Steeg, während die Veranstaltung von Weinbautechniker Willig-Bingen geleitet wurde. Vertreten waren ferner der rheinhessische Weinbauverein und die rheinhessische Weinbaudomäne. Von der preussischen Weinbaudomäne war Geheimrath Czéh-Wiesbaden mit mehreren Beamten anwesend. Die Vorführungen erstreckten sich über den ganzen Vormittag u. wurden Nachmittags fortgesetzt. Soweit die Apparate für den Weinbau in Frage kamen, wurden die nöthigen allgemeinen Erklärungen vom Weinbautechniker Willig-Bingen gegeben, während die Erläuterungen für den Obstbau der Kreisobstbaumwart Hüneborn-Odenheim gab.

in Bingen, 2. März. Ein schwerer Unfall ereignete sich im nahen Badesheim auf der Römerstraße. Da diese Straße sehr eng ist, hielt das Fuhrwerk des Metzgermeisters Herwig aus Bingen dicht neben dem Geleise der Binger Nebenbahn. Von einem vorüberfahrenden Güterwagen wurde das Gefährt erfasst und gegen einen eisernen Träger geschleudert, wobei es vollständig zertrümmert wurde. Der Führer des Fuhrwerks kam dabei zwar unter das Gefährt, erlitt jedoch nur leichtere Hautabschürfungen. Dagegen erlitt

der sich hinter dem Wagen befindende 13jährige Bersiler aus Badesheim schwere Schädelverletzungen. Der Knabe muß wohl vom Fuhrwerk erfasst und gegen eine Wand geschleudert worden sein. Er wurde in das Hospital nach Bingen überführt. Die Verletzungen sind ernster Natur.

in Bingen, 3. März. Das Gerücht, daß die seit einiger Zeit hier verschwundene Frau Professor Kreisel und ihre 8jährige Tochter in einem Hotel in Homburg v. d. Höhe oder in Homburg am Rhein sich befinden, hat sich nicht bewahrheitet. Angeblich sollte die Frau dort unter fremdem Namen wohnen. Bis jetzt fehlt von beiden noch immer jede Spur.

in Bingerbrück, 3. März. Der erste Schritt zur Erbauung des Bismarck-Nationaldenkmals auf der Elisenhöhe ist nunmehr gethan. Wenn auch der Bau des Denkmals noch nicht in Angriff genommen werden konnte, so ist doch wenigstens mit den Arbeiten für die Zufahrtsstraße zum Denkmal begonnen worden. Der erste Spatenstich wurde nach einer kurzen Ansprache von Bürgermeister Horz-Bingerbrück ausgeführt.

in Caub, 3. März. Ueber das Vermögen des Cauber Winzervereins „Blücher“ ist nunmehr das Concursverfahren eröffnet worden. Die Vergleichsverhandlungen mit der Genossenschaftskasse sind gescheitert. Der in Liquidation befindliche Verein ist eine eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung. Zur Vermeidung unliebsamer Verwickelungen sei betont, daß der Verein mit der „Vereinigung Cauber Weingutsbesitzer“ nichts zu schaffen hat.

in Ober-Ingelheim, 3. März. In der hier abgehaltenen Gemeinderathssitzung wurde der Vorschlag für das Jahr 1914 mit 137 912 Mark in Einnahmen und Ausgaben genehmigt. Die Schulden der Gemeinde stellten sich auf 661 423 Mark, wobei 160 000 Mark Kosten zu der Erbauung der Selthalbahn nicht mitgerechnet sind. Das Vermögen der Gemeinde beträgt 697 157 Mk. An Gemeindeumlagen sollen insgesamt 82 000 Mark erhoben werden. — Beschlossen wurde die Einrichtung der Nachtwächter abzuschaffen, da diese Einrichtung nicht mehr der Zeit entspreche.

in Rom Rhein, 2. März. Ein schnelles Ende hat die Lohnbewegung unter den Heizern und Maschinisten der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaften genommen. Nach einer Meldung des „Düsseldorfer Gen.-Anz.“ haben sich fast sämtliche Arbeitnehmer mit den alten Bedingungen einverstanden erklärt.

— Mainz. Jagd auf einen Einbrecher. Am Sonntag Morgen um 4 Uhr beobachtete ein Metzger, daß in dem Schuhwaarenladen Ecke Lotharstraße und Große Bleiche ein Einbrecher thätig war. Der Dieb verließ auch alsbald mit einem großen Paket Schuhwaaren den Laden. Der Metzger rief sofort Schutzleute herbei; als der Einbrecher die Beamten sah, warf er das Paket zu Boden und ergriff die Flucht. In der Pfandhausstraße verschwand der Einbrecher. In der Blindenlehranstalt wurde er endlich unter einer Bank versteckt aufgefunden, überwältigt und zur Polizeiwache gebracht. In dem Schuhwaarenladen hatte er die Kasse aufgebrochen und 29 Mark Kleingeld gestohlen. Er gab an, Hugo Haas zu heißen und von Mainz zu sein. Einen Stempel mit den Buchstaben P. S. habe er sich erst am Abend vorher in Frankfurt anfertigen lassen. An einem Arm ist er mit den Buchstaben L. K. tätowiert. Nach dem „Mz. Tagbl.“ handelt es sich um einen schweren Jungen, der aus dem Zuchthaus in Ulm entsprungen ist. Der Verhaftete soll ein Spengler aus Nürnberg sein.

in Oppenheim, 3. März. Bei der hier abgehaltenen Wahl von Kreistagsabgeordneten des Kreises Oppenheim durch die 50 Höchstbesteuerten wurden die Herren Jakob Albrecht-Bodenheim, Oekonomierath Franz Joseph Senster-Gabsheim und Franz Karl Schmitt-Nierstein gewählt. Die Wahl wurde vom Kreistath des Kreises Oppenheim geleitet.

Das Revolverattentat auf ein Auto bei Bied Heimbach

wird von dem Besitzer des Autos, einem Herrn aus Coblenz, wie folgt geschildert: „Ich fuhr am Samstag, den 14. Febr., Abends kurz nach 10 Uhr, mit meinem Auto von Neuwied ab, und zwar in der Richtung nach Coblenz; bei mir im Wagen befand sich nur mein Töchterchen im Alter von fünf Jahren. Ich hatte auf der Straße nach Engers die letzten Häuser von Neuwied eben passiert, als mir auf der rechten Seite zwei halbwichsige Burchen entgegenkamen. Beim Vorbeifahren fiel plötzlich neben mir ein Schuß; im gleichen Moment verspürte ich einen brennenden Schmerz am Halse. Einer der Burchen hatte aus unmittelbarer Nähe mit einem Revolver nach mir geschossen. Mein schwerer Paletot, an dem ich zu meinem größten Glück den dicken Kragen kurz vorher hochgeschlagen hatte, war mein Lebensretter. Der Mantelkragen hatte, im Verein mit dem Leinentragen, die Durchschlagskraft des Geschosses erheblich abgeschwächt. Die Kugel von 7 Millimeter Kaliber hatte sich quer gelegt und saß noch im Kragen; wäre der Schuß auch nur 1 Centimeter höher angekommen, dann hätte der schützende Leinentragen dem Geschöß den Weg nicht mehr verlegen können. Die Kugel wäre dann zwischen Kopf und Hals eingedrungen, und zwar direct bei der Schlagader. Welche Folgen dies gehabt hätte, falls ich die Besinnung verlor, brauche ich wohl nicht zu sagen — ich fuhr im scharfen Tempo und der führerlose Wagen hätte sich sicher überschlagen. An eine Verfolgung der Thäter konnte ich im ersten Augenblick nicht denken, weil ich ohne Waffen und zunächst ohne Hilfe war; zum Unglück war es auch stockfinster. Ich bin zwar einige Minuten später mit zwei Anwohnern, die den Schuß gehört hatten und hinzugekommen waren, denselben Weg nach Neuwied zurückgefahren, ohne aber auf diesem Wege von den Thätern etwas wahrzunehmen. Zweifellos sind die Kerle gleich nach der That seldeinwärts gelaufen. — Auf der Polizeiwache in Neuwied habe ich dann den Vorfall zur Anzeige gebracht und das Geschöß dargelassen. Inzwischen hat die Polizei Recherchen angestellt, ohne aber bisher die Thäter ausfindig zu machen. Es wird vermutet, daß die Thäter auf dem Heimbacher Bloß (zwischen Neuwied und Engers) wohnen, wo in letzter Zeit häufiger Revolverdiebstehereien vorgekommen sind.“ — Auf die Ermittlung der Thäter ist bekanntlich eine Belohnung von 600 Mark ausgesetzt; 200 Mark hiervon stellt der Allgemeine deutsche Automobilclub (Sitz München) zur Verfügung.

Geschäftliches.

Großes Salvator-Fest im Bahnhof-Saale in Bingen. Als Schlussfeier der diesjährigen Bierfeste wird nächsten Sonntag, den 8. März von Nachmittags 4—11½ Uhr im Bahnhof-Saale in Bingen noch ein Salvator-Fest veranstaltet. Dasselbe wird in derselben Weise gefeiert wie vorigen Sonntag, bei Militär-Concert, freiem Eintritt und ohne Bierausschlag. Näheres siehe Anzeige in der Samstag-Nr.

Verantwortl. Redacteur: J. L. M e y, Badesheim.

Einzig am Platze.

Staebel's

Geschl. geschützt.

rühmlichst bekannte von mir selbst zubereitete

Rahmheringe, Röllmops, Bratfische und Coteletts

feinste 10 Pfg., extra feine 12 Pfg., ohne Gräten 15 Pfg., Röllmops 10 Pf., Fisch-Coteletts 12 Pfg.

Freitag **Schellfische** 40 Pfg., **Delikat.-Fischsalat** per Pfund 60 Pfg., **Sabbau** pr. Pfd. 35 Pfg., **pr. Heringsalat, Bücklinge** Stück 7 Pfg., **Sprotten** ¼ Pfd. 20 Pfg.

Joh. G. Becker, Rüdesheim, Oberstraße.

Von heute ab Bockbier aus der Felsenkellerei in Bingen.

Naturwein-Versteigerung in Bingen am Rhein.

Am Dienstag, den 7. April 1914, Vormittags 11 Uhr im Saale des Binger Bahnhofs lässt Herr Weingutsbesitzer

Julius Espenschied

15 halbe Stück 1911er und 75 halbe Stück 1912er

naturelle Weissweine nur eigenen Wachstums aus den besten Lagen Bingen u. Umgebung, insbesondere Scharlachberger, öffentlich versteigern.

Probetage für die Herren Weincommissäre am 10., 11. u. 12. März. Allgemeine Probetage am 13. März, 1., 2., 3., 4. und 6. April. Grösstes Weingut am Rhein im Privatbesitz.